

Vorlage Federführende Dienststelle: Bezirksvertretung Aachen-Mitte/Geschäftsstelle Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: BA 0/0012/WP18 Status: öffentlich AZ: Datum: 18.01.2021 Verfasser:	
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 13.01.2021 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum 03.02.2021	Gremium Bezirksvertretung Aachen-Mitte	Zuständigkeit Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 13.01.2021 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 13.01.2021 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte

27. Januar 2021

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.01.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Achim Ferrari

Frau Marianne Conradt

Herr Patrick Deloie

Frau Marlies Diepelt

Herr Dimitri Gabriel

Frau Snjezana Haass

Herr David Hasse

Herr Olaf Jacobs

Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby

Frau Jana Keller

Herr Lasse Klopstein

B 0/03/WP18

Ausdruck vom: 27.01.2021

Seite: 1/14

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

- 3 **Kommunaler Klimaschutz Förderprojekt #AachenMooVe!**
hier: Stadtteilplatz an der Lothringerstraße (zwischen Alfons- und Friedrichstraße) als Teil der Rad-Vorrang-Route und des Premiumfußweges 3 - Planungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0019/WP18

- 4 **Lintertstraße - Ertüchtigung von Radverkehrsanlagen im Rahmen der Rad-Vorrang-Route Brand**
Vorlage: FB 61/1499/WP17

- 4.1 **Lintertstraße - Ertüchtigung von Radverkehrsanlagen im Rahmen der Rad-Vorrang-Route Brand**
Vorlage: FB 61/1499/WP17-1

- 5 **Stromgasse; Anpassung nach Regionetz-Maßnahme**
Vorlage: FB 61/1549/WP17

**6 Bebauungsplan Nr. 999 A - Antoniusstraße -
hier: - Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0032/WP18**

**6.1 Bebauungsplan Nr. 999 A - Antoniusstraße -
hier: Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0032/WP18-1**

7 Mitteilungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bezirksbürgermeister Ferrari begrüßt die Anwesenden zu der ersten Sitzung im neuen Jahr, die er wegen der aktuellen Corona-Pandemie eigentlich ausfallen lassen wollte. Aber die Verwaltung hat gebeten, die Sitzung stattfinden zu lassen, weil Tagesordnungspunkte wegen Dringlichkeit behandelt werden müssen. Er weist darauf hin, dass dieses Verfahren genau dem inzwischen vorliegenden Erlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 07.01.2021, gültig ab dem 11.01.2021, entspricht, wonach Sitzungen unter bestimmten Bedingungen möglich sind. Herr Ferrari bittet eindringlich, die Redebeiträge auf das unbedingt Notwendige zu reduzieren.

Für Herrn Jacoby ist es unverantwortlich, dass die Sitzung erneut im Ratssaal stattfindet. Bereits letztes Mal hat er moniert, dass dieser Raum für ca. 30 Anwesende zu klein ist. Er hat als Vorsitzender des Betriebsausschusses Eurogress darauf hingewiesen, dass für die Sitzungen die dortigen größeren Räumlichkeiten jederzeit genutzt werden können. Im Gegensatz zum Ratssaal verfügen sie über eine hervorragende Lüftung. Die Nutzung ist kostenlos und das komplette Eurogress steht heute leer. Vor dem Hintergrund, dass sich die Bürger nur mit einem haushaltsfremden Menschen treffen dürfen, ist er äußerst verärgert über die heutigen Rahmenbedingungen und das schlechte Beispiel der Bezirksvertretung.

Herr Ferrari erklärt, dass die folgende Sitzung im Eurogress stattfinden wird.

Herr Dr. Otten bemängelt, dass die Niederschriften über die Sitzungen der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 07.10.2020 und 02.12.2020 nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen und nicht in ALLRIS verfügbar sind, er diese aber gerne lesen würde.

Dem schließt sich Herr Moselage an.

Herr Ferrari erwidert, dass für die Genehmigung von Niederschriften keine Dringlichkeit besteht. Deshalb stehen diese Punkte heute nicht auf der Tagesordnung.

B 0/03/WP18

Ausdruck vom: 27.01.2021

Seite: 5/14

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Kommunaler Klimaschutz Förderprojekt #AachenMooVe!

hier: Stadtteilplatz an der Lothringerstraße (zwischen Alfons- und Friedrichstraße) als Teil der Rad-Vorrang-Route und des Premiumfußweges 3 - Planungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0019/WP18

Herr Lindemann bestätigt, dass man bereits über einige Maßnahmen für die Lothringerstraße im Rahmen der RVR beraten hat. Man hat sich damit einverstanden erklärt, dass ein Teil der vorhandenen Parkplätze entfallen wird. Dies betrifft u.a. 11 Parkplätze im Bereich der Lothringerstraße zwischen Alfons- und Friedrichstraße. Es ist aber auch gesagt worden, dass im Bereich des Stadtteilplatzes entweder die Parkplätze am Fahrbahnrand oder die auf dem Platz erhalten bleiben sollen. Die vorliegende Planung sieht aber vor, dass alle wegfallen. Wie bereits in der letzten WP gesagt, wird die CDU dieser Planung deshalb nicht zustimmen.

Herr Klopstein bittet zu prüfen, ob die Aufstellflächen für die drei Glassammelcontainer tiefer gelegt werden können, damit die Container weniger auffallen.

Herr Moselage schließt sich den Ausführungen von Herrn Lindemann an. Dass nun sämtliche Parkplätze wegfallen sollen, hält er in diesem Bereich von Aachen für unmöglich, da hier viele Leute wohnen und diese müssen ihre Fahrzeuge auch irgendwo parken können. Zudem ist die Maßnahme im Vergleich mit Forst schlicht zu teuer.

Auch Herr Deloie schließt sich den Ausführungen von Herrn Lindemann an. Er verschließt sich nicht hinsichtlich der Erfordernisse einer RVR und will keine Parkplätze auf Kosten der RVR erhalten. Aber die hinteren Parkplätze auf dem Stadtteilplatz behindern die RVR nicht. Fakt ist, dass der Parkdruck bereits jetzt hoch ist. Nimmt man zu viele Parkplätze weg, initiiert man damit größere Parksuchverkehre in diesem Karree; und dies wird einer RVR auch nicht gerecht. Den Wegfall aller Parkplätze im Platzbereich befürwortet er daher nicht.

Auch Herr Dr. Otten schließt sich den Ausführungen von Herrn Lindemann an.

Er stellt fest, dass der vorliegende Umgestaltungsvorschlag exakt der Vorlage entspricht, die im vorherigen Jahr von der Bezirksvertretung abgelehnt wurde.

Zur Verbesserung des Klimaschutzes insgesamt hat man sich verwaltungsseitig nicht die Mühe gemacht und sich diesen Bereich einmal angeschaut. In diesem Viertel befinden sich - hinter den Mauern versteckt - Gärten mit Bäumen. Die Pflanzung von 12 zusätzlichen Bäumen wirkt sich auf den Klimaschutz kaum aus.

Dann geht Herr Dr. Otten auf die Aussagen der Vorlage auf S 5, letzter Abschnitt, und S. 6 erster Abschnitt ein. Hier steht u.a.: „Verwaltungsseitig wird geschätzt, dass die durch die Maßnahme zum Umstieg animierten Nutzer ab Projektfertigstellung jährlich insgesamt ca. 100 Tonnen CO2 einsparen können.“ Nach eigener Angabe hat die Verwaltung die Einsparung von jährlich ca. 100 Tonnen CO2 geschätzt. Herr Dr. Otten bittet die Verwaltung um Aufklärung, wie sie diesen Wert ermittelt hat und weist bereits hier darauf hin, dass eine detaillierte Fragestellung beim TOP 4.1 – Lintertstraße - erfolgen wird. Er bittet um eine schriftliche Antwort. Diese wird nachgereicht.

Schlussendlich moniert Herr Dr. Otten, dass eine Berücksichtigung der Anregungen, die er in der im letzten Jahr erfolgten Beratung der RVR in der Lothringerstraße bereits gemacht hat, in dieser Planung vollständig fehlt. Hierzu zählen u.a. E-Ladesäulen für Fahrräder sowie eine Fahrradstation. Ferner bietet sich der Bereich geradezu an, dass man die Fahrradfahrer hier auch verweilen lassen könnte und man könnte hier auch eine Fahrrad-Reparaturstation vorsehen. Alles das ist nicht geprüft und nicht in die Planung eingebracht worden. Deshalb wird die CDU nicht zustimmen.

Herr Ferrari lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Sie empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, auf der Grundlage der vorgelegten Planungen den Planungsbeschluss für die Umgestaltung des Stadtteilplatzes an der Lothringerstraße (zw. Alfons- und Friedrichstraße) zu fassen und die Verwaltung mit der Durchführung einer Bürgerinformation zu beauftragen. Die Ergebnisse sollen in der Ausführungsplanung berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 6 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

zu 4 Lintertstraße - Ertüchtigung von Radverkehrsanlagen im Rahmen der Rad-Vorrang-Route Brand

Vorlage: FB 61/1499/WP17

zu 4.1 Lintertstraße - Ertüchtigung von Radverkehrsanlagen im Rahmen der Rad-Vorrang-Route Brand

Vorlage: FB 61/1499/WP17-1

Auch hier spricht Herr Dr. Otten das Ziel Klimarelevanz an, zu dem die Verwaltung auf S. 4 der Vorlage 4.1 schreibt: „Die Maßnahme wirkt sich positiv auf den Klimaschutz aus, weil durch die Rad-Vorrang-Route Brand ca. 1.000 Pendler*innen zum Umstieg auf das Rad gewonnen werden können. Damit lassen sich ab dem Umsetzungszeitpunkt jährlich ca. 800 Tonnen CO2 einsparen.“ Er bezweifelt, dass dies geht. Zur schriftlichen Beantwortung richtet er daher folgende Fragen an die Verwaltung: Wie ist der Wert 1.000 Pendler*innen gemeint? Jährlich? Täglich?

Wie werden die Pendler*innen, die das Rad nehmen, klassifiziert und quantifiziert? Sind das Pendler*innen, die ohne Unterstützung fahren, sind das Radfahrer, die mit Elektrounterstützung fahren? Hier weist Herr Dr. Otten darauf hin, dass es eine Unterscheidung gibt zwischen einem E-Bike und dem normalen Pedelec bzw. einem S-Pedelec.

Welche tägliche Strecke wird für die Radfahrer angenommen?

Zusammengefasst wird die Verwaltung um Erläuterung gebeten, auf welchen wissenschaftlichen Grundlagen der Wert 800 Tonnen CO2 für die geschätzte Einsparung basiert.

Die schriftliche Beantwortung der Fragen wird nachgereicht.

Herr Lindemann geht auf die verkehrstechnischen Aspekte ein. Er vergleicht die Situation der Lintertstraße mit der der Breslauer Straße. Dort wurden in der Spitzenstunde 20 Radfahrer und 70 Fußgänger gezählt. Verwaltungsseitig wurde eine Führung der Radfahrer im Seitenraum ausgeschlossen und ihre Führung auf der Straße empfohlen.

Bei der Lintertstraße wurden in der Spitzenstunde 40 Radfahrer und 200 Fußgänger gezählt und mit 20 Einfahrten wesentlich mehr Einmündungen als bei der Breslauer Straße. Diese Stellen können bei einem Beidrichtungsradweg zu gefährlichen Situationen führen, weil die Autofahrer normalerweise Radfahrer nur von links erwarten, nicht aber von rechts. Dies sind keine guten Voraussetzungen, wenn man eine funktionierende RVR haben möchte. Deshalb hatte die CDU-Fraktion auf der Sitzung vom 07.10.2020

B 0/03/WP18

Ausdruck vom: 27.01.2021

Seite: 8/14

angeregt, den KFZ-Verkehr über die Schopenhauerstraße abzuleiten, was ermöglichen würde, auf der Lintertstraße eine breite Fahrradstraße anzulegen. Das ist verwaltungsseitig abschlägig beantwortet worden mit der Begründung, die Schopenhauerstraße sei eine Wohnstraße. Aber dies ist bei der Lintertstraße auch so. Seit langem beklagen die Anwohner zu viel Verkehr und zu hohe Geschwindigkeit. Eine Tempobegrenzung auf 30 km/h ist laut Vorlage auch nicht möglich, da es sich um eine Kreisstraße handelt, bei einer Anliegerstraße ginge es. Wieso, fragt Herr Lindemann, kann man den Bürgern der Lintertstraße das zumuten, was in der Schopenhauerstraße nicht geht?

Abschließend merkt er zur Kreuzung Adenauerallee an, dass in den Plänen eine Wegbreite von 1,96 m angegeben ist. Durch die eingebauten Verkehrsschilder und Versorgungskästen verschmälert er sich teilweise sogar auf weniger als 1,50 m. Bei einer Nutzung durch 40 Radfahrer und 200 Fußgänger in der Spitzenstunde als gemeinsamen Rad- und Fußweg ist dem Diagramm (Vorlage 4, Anlage 3, Seite 5) eine nutzbare Wegbreite von über 4,50 m zu entnehmen. Somit liegt die geplante Breite weit unterhalb aller Mindestanforderungen. Sein Fazit lautet deshalb: „So kann man das nicht machen!“ Deswegen kann die SPD-Fraktion hier nicht zustimmen.

Herr Jacoby geht ein auf die E-Mail der Projektwerkstatt „Fahrradfreundliches Brand“ vom heutigen Tage und die hierin u.a. angesprochene „Parksituation im Umfeld der Lintertstraße“. Die dort gemachten Aussagen zu angeblich reichlich zur Verfügung stehenden Parkmöglichkeiten versetzen ihn in Rage. Fakt ist, dass hier die nach Blumen benannten Wege sehr schmal sind, zu schmal für die Einfahrt von Müllfahrzeugen und größeren Rettungswagen, wenn hier Fahrzeuge parken. Deshalb hat das Ordnungsamt Seitenstreifen für das Parken gesperrt. Regelmäßig werden Knöllchen verteilt.

In Kenntnis dieser Situation hat Herr Jacoby die E-Mail der Projektwerkstatt „Fahrradfreundliches Brand“ an einige Anwohner weitergeleitet und fasst bereits vorliegende Rückmeldungen zusammen: Die Betroffenen betrachten es als eine Unverschämtheit, dass man seitens der Projektwerkstatt so eine Studie bekannt macht. Darin wird z.B. der Bereich eines Wendehammers als Parkmöglichkeit visualisiert, obwohl jeder weiß, dass man hier nicht parken darf. Unberücksichtigt bleibt, dass wegen der Corona-Pandemie der Kirchen-, Schul- und Kindergartenbetrieb ruht. Die Anwohner verweisen auf die Mitarbeiter der Firma Jacobs, die dort in normalen Zeiten viele Parkplätze belegen.

Zusammenfassend gesagt, empfinden die Anwohner den Inhalt der E-Mail der Projektwerkstatt als eine absolute Unverschämtheit, eine bodenlose Frechheit; und dem schließt sich Herr Jacoby an. Ihn erobert, dass hier grob beleuchtete Dinge als „Voruntersuchung“ verkauft werden. Und an diese wird sich die Verwaltung anlehnen. Abends kommt es hier zu Suchverkehr, da die Parkplätze eben nicht reichlich vorhanden sind. Dann zu behaupten, es gibt genügend Garagen dort, die noch nicht vermietet sind, ist auch eine absolute Frechheit. Hat man mit den Vermietern gesprochen? Herr Jacoby appelliert an die

B 0/03/WP18

Ausdruck vom: 27.01.2021

Seite: 9/14

Verwaltung, sie soll mit den Anwohnern sprechen und sich die Situation vor Ort ansehen. Eindringlich bittet er, sich die Situation im Tulpenweg anzuschauen, in dem man angeblich noch Parkplätze bauen kann. Diese Straßen sind so schmal, dass er die Verwaltung verstehen kann, die hier das Parken auf dem Seitenstreifen untersagt hat. Aber dann im Umkehrschluss zu sagen, wir haben hier genug Parkplätze, obwohl man den Bürgern hier Parkplätze weggenommen hat, findet Herr Jacoby nicht in Ordnung.

Frau Penalosa informiert, ihre Fraktion habe die Varianten lange und kontrovers diskutiert. Letztendlich habe man sich für die Variante 4 entschieden. Sie werden dem Beschlussvorschlag nicht folgen.

Herr Deloie verweist darauf, dass die Sachabwägung für ihn noch nicht abgeschlossen ist. Am liebsten wäre ihm, wenn heute nichts beschlossen würde, er bezeichnet alle Varianten als „unausgegorenen“ und fragt, wie man bei den Bürgern Akzeptanz schaffen will, wenn man einem großen Teil bewusst vor den Kopf schlägt. Äußerst kritisch steht er auch der wegen der Corona-Pandemie über YouTube im Internet angebotenen Bürgerinformation zur Umgestaltung der Lütticher Straße gegenüber. In der Hoffnung, dass über die Bügerrückmeldung zur Linterstraße doch noch etwas passiert, werde man sich enthalten. Die SPD-Fraktion werde sich den notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz nicht verweigern. Aber es sei wichtig, hierfür Akzeptanz zu schaffen.

In seinen Augen weisen alle Varianten so eklatante Mängel auf, dass er keine davon empfehlen kann. Wenn dort so viele Parkplätze verloren gehen, ist die Maßnahme für ihn nicht tragbar.

Herr Gabriel hat ebenfalls Kontakt zu den betroffenen Bürgern aufgenommen. Dort wohnen viele Schichtarbeiter. Wo sollen sie mit dem Auto denn hin? Wenn fast alle Parkplätze dort verloren gehen, ist die Maßnahme für die Bürger nicht akzeptabel. Er wird dagegen stimmen.

Herr Klopstein kann sich tendenziell am ehesten der Variante 1 anschließen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Herr Ferrari stellt Folgendes zur Abstimmung:

Wer unterstützt keine der Varianten aus der Vorlage 4.1?

9 Stimmen

Wer ist für Variante 1?

1 Stimme

Wer ist für Variante 4?

8 Stimmen

Wer enthält sich?

1 Stimme

Es ist keine Empfehlung an den Mobilitätsausschuss für eine der Varianten abgegeben worden.

zu 5 Stromgasse; Anpassung nach Regionetz-Maßnahme

Vorlage: FB 61/1549/WP17

Hierzu gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Sie empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, die Verwaltung mit der Erstellung der Ausführungsplanung auf Grundlage der vorliegenden Variante 2 mit weicher Separation (Plan-Nr. „2020 04 03“) und Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltung

zu 6 Bebauungsplan Nr. 999 A - Antoniusstraße -
hier: - Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0032/WP18

zu 6.1 Bebauungsplan Nr. 999 A - Antoniusstraße -
hier: Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0032/WP18-1

Die Ergänzungs-Vorlage zum Bebauungsplan Nr. 999 A - Antoniusstraße – hier: Offenlagebeschluss liegt als Tischvorlage vor.

Herr Deloie spricht den späten Erhalt der Ergänzungs-Vorlage mit Datum vom 07.01.2021 an. Er weist darauf hin, dass sie ehrenamtlich Politiker sind und die Vorbereitung auf die Sitzung nicht am Sitzungstag selbst erfolgen kann, sondern vorher zu erledigen ist. Deshalb bittet er die Verwaltung, Vorlagen zukünftig zeitiger vorzulegen.

Herr Dr. Otten stimmt den Ausführungen von Herrn Deloie zu.

Was den Beschlussvorschlag der Ergänzungs-Vorlage angeht, ist man in der Sache komplett einig. Er hinterfragt aber, ob der späte Erhalt der Ergänzungs-Vorlage bei einem eventuellen Klageverfahren von Belang sein kann.

Herr Weiser nimmt die von Herrn Dr. Otten geäußerten rechtlichen Bedenken zur Abklärung bis zur morgigen Sitzung des Planungsausschusses mit.

Herr Deloie befasst sich mit einigen Sachpunkten, die der Vorlage zu entnehmen sind. Beispielfhaft sei hier erwähnt, dass er begrüßt, dass es keine Verlagerung, sondern nur eine räumliche Eingrenzung und den Erhalt der Prostitution geben wird, wobei es ihm wichtig ist, dass dort 100 Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die SPD-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag der Ergänzungsvorlage zustimmen.

Herr Ferrari bezieht sich auf seine eingangs der Sitzung gemachte Ausführung, dass im Hinblick auf die aktuelle Corona-Pandemie nur unbedingt notwendige Redebeiträge erfolgen sollten. Heute geht es

darum, einen Formalbeschluss herbeizuführen, nämlich den Dringlichkeitsbeschluss für die Offenlage des Bebauungsplans.

Herr Moselage erklärt, dass es wohl niemanden überrascht, dass er einem Beschluss, der die Prostitution in der Antoniusstraße erhält, nicht zustimmen wird. Laut Vorlage sieht das auch die Polizei so; und es entspricht auch der Ansicht des früheren Oberbürgermeisters. Daher verwundert es ihn, dass doch die große Mehrheit meint, das solle da weiter geschehen.

Herr Ferrari lässt über den Beschlussvorschlag der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sie stellt fest, dass gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen wird.

Darüber hinaus empfiehlt sie dem Planungsausschuss, auf der Grundlage der Konzeption zur Konzentration der Prostitution die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes zur Innenentwicklung nach § 13 a BauGB Nr. 999 A - Antoniusstraße - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der vorgelegten Fassung mit der in den Erläuterungen aufgeführten geänderten Begründung im Punkt 1.6, 8. Absatz, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltung

zu 7 Mitteilungen

Folgende Mitteilung liegt dem Gremium schriftlich vor:

Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes, Ortsverband Aachen e.V., Talstraße 2, 52068 Aachen:
Er beantragt, den Vorplatz des Depots in der Talstraße in „Platz der Kinderrechte“ zu benennen.

Frau Willems teilt mit, dass die Bürgerinformation zur Umgestaltung der Lütticher Straße, 2. Bauabschnitt, am 19.01.2021 um 19:00 Uhr in digitaler Form als Live-Video auf YouTube stattfindet. Der Flyer liegt vor.

Ergänzend läuft vom 05.01.-31.01.2021 eine Online-Beteiligung als Fragebogen und seit Montag, dem 11.01.2021, die Auslage im Foyer des Verwaltungsgebäudes Lagerhausstraße.

Abschließend informiert Frau Willems, dass der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Band I, für die anstehenden Haushaltsberatungen allen Bezirksvertretern per Post zugesandt worden ist. Sie fragt nach, ob alle ihn erhalten haben.

Herr Dr. Otten erkundigt sich bei Herrn Ferrari, ob es einen Zwischenstand der Planung des Denkmals Öcher Schängche gibt. Er vermisst diesen Punkt auf der Tagesordnung.

Herr Bezirksbürgermeister Ferrari informiert, dass die Verwaltung wohl zwei Vorschläge für einen Standort machen werde. Der Punkt steht nicht auf der Tagesordnung, da für ihn keine Dringlichkeit besteht, denn durch die Annahme oder Nichtannahme einer Schenkung entsteht der Stadt kein Schaden. Das Thema ist für die Sitzung am 03.02.2021 vorgesehen.

Herr Dr. Otten gibt zu bedenken, dass der Verein aber bereits 51.000,- € investiert hat.

Herr Bezirksbürgermeister Ferrari beendet die Sitzung, bei der es keinen nichtöffentlichen Teil gibt, um 17:45 Uhr. Er verbindet dies mit dem Wunsch, dass alle gut nach Hause kommen.